# Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

## Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4.02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. — Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 54 — Mittwoch, 5. März — 1919


# Die Not des deutschen Volkes.

Die Reichsregierung hat sich mit einem neuen Auruf an das deutsche Volk gewandt. Es ist indessen notwendig, das Wesentliche von dem Unwesentlichen zu unterscheiden. Der Aufruf richtet sich an das ganze deutsche Volk, als ob dieses ohne Ausnahme von Streikfieber geschüttelt werde. In Wahrheit sind wohl alle Schichten des Bürgertums bereit, mit äußerster Kraft am Wiederaufbau der Wirtschaft und an der moralischen Wiedergesundung des Volkes zu arbeiten. Was sich dagegen stemmt, das sind von gewissenlosen Wühlern betörte Massen, die heute in ihrem Sinne ausnutzen, was die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten an Kritik und Versprechungen geleistet hat. Wenn nicht das Pflichtbewußtsein des Bürgertums wäre, das unter wachsenden Schwierigkeiten unverdrossen seine Aufgabe erfüllt, wo sie gegeben ist, dann wäre der oft angedrohte Zusammenbruch längst fertig. Tatsächlich richtet sich der Aufruf da auch an die Arbeiter, denen die Erfüllungen sozialer und demokratischer Forderungen versprochen wird. Es hat also nichts genützt, daß seit Ausbruch der Revolution ein reicher Segen sozialpolitischer Gesetze und Verordnungen über uns hinwegflutete. Der Achtstundentag wurde eingeführt, das Arbeiterrecht frei gestaltet, alle Hemmungen und Fesseln beseitigt. Um neues Siedlungsland zu schaffen, wurde die Zerschlagung des großen Grundbesitzes in bäuerliche Spannsitze befohlen. Einige hundert Millionen Mark sind für die Errichtung von Wohnhausbauten bereitgestellt. Ebenso umfassend ist für Kriegsbeschädigte und Erwerbslose gesorgt worden. Alle diese Maßregeln sind dazu bestimmt, die unmittelbar wirtschaftlichen Gefahren von dem Einzelnen zu bannen, sowie das Recht der Arbeiter selbst mit sozialem Geist zu erfüllen. Genutzt hat das alles nicht viel. Die Arbeitslosigkeit wächst, obschon zahllose Betriebe nach Arbeitskräften geradezu schreien. Wie eine böse Seuche ist die Streiklust über das Land gefallen, wo sie verheerender wirkt als der Krieg mit allen seinen Schrecken. Waren es zunächst Lohnforderungen, die erhoben wurden, um den Ausgleich mit der allgemeinen Teuerung der Lebensverhältnisse zu finden, so sind es jetzt politische Triebkräfte, die die Streikwelle immer wieder nähren. Die hohen Löhne haben den Ausgleich nicht gebracht, weil die Erzeugung von Waren so gesunken st, daß der Bedarf nicht annähernd gedeckt werden kann. Nun haben die Hetzer und Wühler leichtes Spiel. Sie reden der Masse ein, daß nur die Betriebe sozialisiert zu werden brauchten, um Lebensmittel und Waren zu schaffen.

Die Masse hört und glaubt. Ihr soziales Verständnis und ihre wirtschaftliche Urteilskraft sind durch die sozialistischen und marxistischen Doktrinen geschwächt worden. So haben sie sich die Notwendigkeit der Betriebsräte einreden lassen, als ob ihr Dasein genügte, Not und Elend verschwinden zu lassen. Wenn die Betriebsräte den Unternehmern alle Sorgen abnehmen können und wollen, so wird es diesen gewiß recht sein. Die Regierung hat dem Drängen nicht länger widerstehen zu können geglaubt. Ihr Aufruf spricht von dem Ziel der Wirtschaftlichen Demokratie, der konstitutionellen Fabrik auf demokratischer Grundlage. Das sind Worte, bei denen sich nicht viel denken läßt. Eine Prüfung zeigt, daß Betriebsräte niemals den Unternehmer darin auszuschalten vermögen, wenn es gilt, in Krisenzeiten Aufträge zu schaffen und den Betrieb über Wasser zu halten. Wir werden nicht dauernd in der Hochkonjunktur der Kriegszeiten leben, sondern haben zunächst mit einem Absturz aller Gewinne zu rechnen. Aber die Regierung kündigt auch die Sozialisierung der Bergwerke und der Erzeugung von Energie an. In der Nationalversammlung haben die Mehrheitssozialisten bereits einen Antrag auf die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus eingebracht. Das Ergebnis wird nichts anderes sein, als daß die Arbeiter hinterher entdecken, daß auch im sozialistischen Staat mit Wasser gekocht wird. Sie werden nach wie vor arbeiten müssen, während es noch keineswegs fest steht, daß die Betriebsräte die Wirtschaftslage des In- und Auslandes so zu beurteilen vermögen, um den geregelten Absatz der Erzeugnisse zu sichern.

Wird der Aufruf der Regierung die Streikwelle bannen? Der Rätegedanke ist damit offiziell aufgenommen worden, ohne jede Gewähr dafür, daß er in den Grenzen bleibt, die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit zieht. Allerdings kündigt die Regierung schärfste Gewalt gegen die Hetzer an, die die Massen immer wieder aufputschen. Warum läßt sie aber ruhig geschehen, daß Hetzer und Aufwühler das Land durchziehen? Die kommunistischen und spartakistischen Aufwiegler sind nicht unbekannt, treiben ihr bösartiges Handwerk offen und geheim, ohne sich um Warnungen und Drohungen der Regierung viel zu kümmern. Sie sollte diese Hetzer festnehmen und wie sie es jetzt gelobt, mit aller Strenge des Gesetzes behandeln lassen. Die wirtschaftliche Notlage des Landes ist nur dann zu beseitigen, wenn der Wille zur Arbeit ohne alle Sondervorteile Gemeingut wird. Stattdessen glaubt die Regierung neue Versprechungen machen zu müssen. Die Betriebsräte werden keine neuen Werte schaffen, auch nicht befruchtend auf die Erzeugung wirken. Welche Forderungen der Hetzer werden dann erhoben und erfüllt? Inzwischen geht das Reich zugrunde, es sei denn, daß die Regierung auf die Massen den Einfluß gewinnt, den sie zu haben glaubt.

### Vom Deutschen Volksrat für Westpreußen.

**Danzig**, 3. März. (Dr.) Am 2. März fand in **Marienburg** die erste Vertrauensmännerversammlung der deutschen Volksräte Westpreußens statt. Durch 51 Vertrauensmänner waren 14 Organisationen vertreten. Außerdem nahmen auch Abordnungen der benachbarten posenschen Kreise an der Sitzung teil. Die Versammlung faßte zwei Entschließungen, die an die zuständigen Reichs- und Landesbehörden gesandt wurden. Die erste erhebt im Namen von etwa 1,1 Millionen Deutscher Westpreußens flammenden Protest gegen die in der ausländischen Presse als beabsichtigt angekündigte Landung polnischer Truppen des Generals **Haller** in Danzig. In der zweiten Entschließung wird nachdrücklich betont, daß Westpreußen mit seinen urdeutschen Hansastädten nicht tatenlos einem Geschick ausgeliefert werden darf, das dem der von den Polen gewaltsam besetzten Gebiete Posens gleichen würde.

In lebhafter Aussprache wurde einheitliches Zusammenarbeiten und gegenseitige Unterstützung aller ostmärkischen deutschen Volksräte und deutschen Vereinigungen beschlossen. Die Vorbereitung des Zusammenschlusses der gesamten westpreußischen Volksräte unter dem Namen „Volksrat für Westpreußen" wurde in Aussicht genommen.

Die Gründung der westpreußischen Volksräte ist dadurch veranlaßt worden, daß die Polen unter völliger Außerachtlassung des Verständigungsgedankens Westpreußen gegen den Willen seiner deutschen Mehrheit ihrem großpolnischen Reiche einverleiben wollen. Die westpreußischen deutschen Volksräte haben also diese polnischen Bestrebungen durch Aufklärung der deutschen Volksgenossen abzuwehren. Nachdem eine weitere Versammlung der Vertrauens der westpreußischen deutschen Volksräte in Danzig festgesetzt worden war, wurde die zu den besten Hoffnungen für unsere bedrängte Heimat berechtigende Sitzung geschlossen.

**Danzig**, 3. März. (Dr.) Der deutsche Volksrat für Westpreußen hat auf seiner Tagung am 2. März in Marienburg an die Nationalversammlung, an die Waffenstillstandskommission und an die Reichsregierung den nachstehenden Protest gesandt: Der deutsche Volksrat für Westpreußen, der in Marienburg versammelt ist und den Willen von einer Million Deutscher zum Ausdruck bringt, erhebt den allerschärfsten Einspruch gegen jede Absicht, in der rein deutschen Stadt Danzig polnische Truppen zu landen. Wir haben nicht den Frieden mit unseren Grenznachbarn gebrochen. Die Lebensmitteltransporte für Polen sind durchaus gesichert. Unsere Grenzschutzbataillone denken nicht daran, die vereinbarten Grenzlinien zu überschreiten. Wir wollen auch weiterhin mit unseren polnischen Mitbewohnern im Frieden leben, aber die Ankunft polnischer Truppen würde für Westpreußen dieselbe furchtbare Gefahr darstellen, der unsere arme Schwesterprovinz zum Opfer gefallen ist. Der versteckte Aufruhr der verhetzten polnischen Provinzbevölkerung würde offen sein Haupt erheben, wenn polnische Truppen in der Nähe wären.

Wir Deutschen Westpreußens fordern daher von der Waffenstillstandskommission, beziehungsweise von der Nationalversammlung u. Reichsregierung, von den Männern, die dort unser Lebensinteresse vertreten, daß sie mit allen Mitteln die Landung polnischer Truppen verhindern.

### Eröffnung des 44. Provinziallandtages der Provinz Westpreußen.

**Danzig**, 4. März. (Dr.). Der 4. Provinziallandtag der Provinz Westpreußen wurde heute mittag 12 Uhr hier im Landhause durch eine Ansprache des Oberpräsidenten **von Jagow** eröffnet. Der Oberpräsident widmete dem vor einigen Tagen verstorbenen Landeshauptmann **Senfft von Pilsach** einen Nachruf. Dann streifte er den unglücklichen Ausgang des Krieges und meinte, alle müßten von schwerer Sorge um die Zukunft des Vaterlandes und der Provinz Westpreußen erfüllt sein. Es gelte aber jetzt, nicht nur zu klagen und zu trauern, sondern im Wirken um das Vaterland sich fester zusammen zu schließen, das Trennende in den Anschauungen zu vergessen und mit allen Kräften für das Gemeinwohl zu arbeiten, ein jeder soweit und solange ihm dazu die Möglichkeit gegeben ist. Auch die diesjährige Arbeit müsse zum Heile unserer Provinz, zum Segen für unser Vaterland gereichen.

### Erklärung des Generalstreiks in Berlin.

**Berlin**, 3. März. (Dr.) In der heutigen Sitzung der Berliner Arbeiterräte wurde ein Antrag der Komunisten zur Erklärung des Generalstreiks durch Unterstützung der Unabhängigen mit knapper Mehrheit gegenüber den geschlossenen Stimmen der Mehrheitssozialisten und Demokraten in sehr tumultartiger und unübersichtlicher Versammlung angenommen.

### Berlin im Belagerungszustand.

**Berlin**, 4. März. (Dr.) Um die Mehrheit der werktägigen Bevölkerung Groß Berlins vor den terroristischen Anschlägen einer Minderheit zu schützen und vor Hungersnot zu bewahren, hat das preußische Staatsministerium für den Landespolizeibezirk Berlin, Spandau, Teltow und Nieder-Barnim den Belagerungszustand erklärt. Die vollziehende Gewalt geht auf den Oberbefehlshaber in den Marken, Reichswehrminister **Noske** über, der zur Ausführung des Belagerungszustandes besondere Verordnungen erläßt sowie an die Bevölkerung eine Warnung vor Verbrechen und Ausschreitungen mit dem Hinweis auf die Einsetzung außerordentlicher Gerichte richtet.

### Spartakus in Berlin.

**Berlin**, 3. März. (Dr.) Nachdem der Antrag der Kommunisten auf Erklärung des Generalstreiks angenommen worden war, haben sich sofort an verschiedenen Stellen der Stadt spartakistische Unruhen gezeigt. Soldaten und Polizeibeamte wurden angehalten und mißhandelt. Vier Polizeireviere wurden gestürmt, die Telephonleitungen durchschnitten. Ein Angriff auf den Stadtbahnhof ist seitens der militärischen Besatzung abgeschlagen worden. Alles deutet darauf hin daß die Spartakisten Berlin terrorisieren wollen. Sie werden in dem festen Willen der Regierung, die sofort den Belagerungszustand verfügt hat, einen unüberwindlichen Widerstand finden.

### Aus der Sitzung der Berliner Arbeiterräte.

**Berlin**, 4. März. (Dr.) Ueber die gestrige Sitzung der Berliner Arbeiterräte, in der mit ungefähr 2/3 Mehrheit der Generalstreik beschlossen wurde, berichtet die „Deutsche Allgemeine Zeitung":

Es wurde festgestellt, welche Berufsgruppen am Streik **nicht** teilnehmen dürfen: Die Lebensmittelgeschäfte, Feuerwehr, das gesamte Sanitätswesen, Gaswerke, Beerdigungsinstitute sowie Krankenkassen und Gewerkschaftsorganisationen. In den Generalstreik treten u. a.: die Verkehrsmittel mit einer kleinen Einschränkung. Vollständig streiken Elektrizitätswerk, Post und Telegraph, Gastwirtschaften und Hotels, Dienstboten und die Presse. Sodann wurde über die Streikforderungen beraten. Die von den A- und S.-Räten aufgestellten Richtlinien über ihre Aufgaben wurden als Grundlage der Streikforderungen betrachtet. In wirtschaftlicher Beziehung wurde grundsätzlich die Anerkennung der A.- und S.-Räte gefordert. Die von der „Roten Fahne" aufgestellten Forderungen wurden mit 2/3 Mehrheit abgelehnt. Die sieben Hamburger Punkte, die auf dem Rätekongreß im Dezember beschlossen wurden, wurden auch als Streikforderungen angenommen. Ferner wird verlangt die Freilassung aller politischen Gefangenen, Auflösung des Standgerichts, Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, sofortige Auflösung der Freiwilligenkorps, Umwandlung der bestehenden Gerichte in Feldgerichte. Es wurde sodann über die eine Forderung, welche die Rote Fahne erhoben hat, eine Anzahl politischer Männer des alten und jetzigen Systems vor einem Revolutionsgericht abzuurteilen, nach längerer Aussprache, in mehrere Teile gegliedert, abgestimmt.

Der erste Teil, wonach die **Hohenzollern**, **Hindenburg** und **Ludendorff** abzuurteilen sind, wurde angenommen. Der zweite Teil, nach dem Ebert, Scheidemann und Noske abzuurteiln sind, wurde abgelehnt. Die Kommunisten protestierten hiergegen. In nochmaliger Abstimmung wurde das erste Ergebnis bestätigt. Weiter wurde beschlossen, die Mörder von Liebknecht und Rosa Luxemburg und anderer Revolutionsopfer, die nicht zu den Radikalen gehörten, in der gleichen Weise vor ein Revolutionsgericht zu stellen. Als Streikleitung wurde der Vollzugsrat bestätigt. Die Kommunisten scheiden aus der Streikleitung aus und rufen eine eigene Streikleitung aus. Da hierdurch das Gleichgewicht innerhalb des Vollzugsrats gestört war, protestierten die Unabhängigen gegen die im Streikkomitee vertretenen Demokraten und verlangten ihren Austritt. Schließlich traten die Demokraten freiwillig zurück. Am Schluß der Sitzung wurde beschlossen, daß die Streikleitung in Uebereinstimmung mit den Fraktionen den Vollzugsrat zum Zwecke der Streikleitung um je 10 Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der unabhängigen Partei verstärken soll.

### Bildung einer „eisernen Division" zur Abwehr des Bolschewismus.

**Hamburg**, 3. März. (Dr.) Die „Hamburger Nachrichten" melden aus Cuxhaven: In **Wilhelmshaven** ist eine eiserne Division aus Offizieren, Deckoffizieren, Unteroffizieren und älteren Berufssoldaten sowie eine Marinetruppe von drei Kompagnien gebildet worden, die Mitte dieser Woche auf den entsprechend ausgerüsteten Hochsee-Torpedobooten zur Abwehr und Bekämpfung des Bolschewismus nach **Libau** gehen werde.

### Textilarbeiterstreik in Netschkau.

**Netschkau**, 3. März. (Dr.) Die Textilarbeiter sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

### Vom Gesamtausstand in Zeitz.

**Zeitz**, 3. Febr. (Dr.) Infolge des Generalstreiks liegt die Stadt seit Dienstag voriger Woche völlig in Dunkelheit, da auch das Gas- und Elektrizitätswerk wegen Kohlenmangels nicht in Betrieb ist. Die gesamte Bürgerschaft ist in den Generalstreik getreten. Post- und Bahnverkehr ruht völlig. Am Sonnabend kam es zu ernsten Ausschreitungen, da man die Beamten des Magistrats zwingen wollte, die Lebensmittelversorgung der Stadt wieder in die Hand zu nehmen. Die Arbeiterschaft ist bewaffnet und durchzieht die Straßen mit Gewehren und Maschinengewehren. Ein Teil der Garnison ist regierungstreu und besetzte einige wichtige Punkte. Heute kam es zu Schießereien. Ein Offizier vom I.-R. 97 wurde erschossen. Ebenso ein Matrose. Drei Unteroffiziere liegen schwer verwundet im Lazarett.

Aus der Menge wurden Drohungen gegen die Regierung Ebert — Scheidemann ausgestoßen. In den nächsten Tagen werden Regierungstruppen erwartet. Die Spartakisten haben den Hauptmann von Winterfeld und einige angesehene Bürger als Geiseln gestern verhaftet.

## Die Königsberger Armee- und Marinevolkswehr aufgelöst und entwaffnet.

Königsberg, 3. Februar. (Dr.) Eine Bekanntmachung des Reichskommissars Winig besagt, daß die Armee- und Marinevolkswehr aufgelöst und entwaffnet worden ist. Anstelle der nunmehr aufgelösten Wehr wird eine neue Freiwilligentruppe treten. Im Anschluß an die Auflösung der Armee- u. Marine-Volkswehr wird eine Durchsuchung der Wohnungen nach Waffen stattfinden. Wie verlautet, sind die Hauptführer der hiesigen Spartakisten in Schutzhaft genommen worden. Gegen 9 Uhr vormittags hatten die Regierungstruppen in der Hauptsache alle ihre Ziele erreicht, soweit bisher bekannt ohne größere Verluste. Der Fernsprech- und Telegraphenverkehr ist gesperrt.

### Entwurf zu einem Sozialisierungsgesetz.

Berlin, 3. März. (Dr.) Die Reichsregierung hat beschlossen, ungesäumt den Entwurf zu einem Sozialisierungsgesetz und zu einem Gesetz über die Kohlenwirtschaft zur Einbringung an die Nationalversammlung vorzulegen. Desgleichen hat die Reichsregierung beschlossen, ungesäumt den Entwurf eines Gesetzes über die Kohlenwirtschaft auszuarbeiten. Der Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes enthält vier Paragraphen. Nach dem ersten soll jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, durch eine seiner Fähigkeit entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten; bei Arbeitslosigkeit wird ihm der Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt. Nach Paragraph 2 sollen wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, insbesondere Bodenschätze und Naturkräfte, in die deutsche Gemeinschaft übergeführt werden. Nach Paragraph 4 wird in Ausführung der in Paragraph 2 vorgesehenen Befugnisse ungesäumt durch besonderes Reichsgesetz die Ausnützung der Brennstoffe, der Wasserkräfte und der sonstigen natürlichen Energiequellen und der aus ihnen stammenden Energien (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Das der Nationalversammlung zugehende Gesetz wird morgen veröffentlicht.

### Die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen durch die Streiks verzögert.

Berlin, 3. Marz. (Dr.) Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Infolge der dauernden Streiks und der inneren Unruhen in Deutschland ist trotz aller gegenteiligen Bemühungen eine erhebliche Verzögerung in der Abgabe der landwirtschaftlichen Maschinen eingetreten. General Nudant will sich infolgedessen alles vorbehalten, was als Strafe für die verzögerte Abgabe des landwirtschaftlichen Materials der deutschen Regierung auferlegt werden könne. Demgegenüber wies der Vorsitzende der deutschen Kommission darauf hin, daß die deutsche Regierung alles tut, um die Lieferung durchzuführen.

### Die Bedingungen Fochs.

Haag, 2. März. (Meldung des Hollandsch Nieuwsbureaus.) Aus Paris wird gemeldet: Die maritimen Bedingungen, die Foch dem Rat der Zehn eingereicht hat, enthalten die vollständige Vernichtung der Tauchboote aller Länder und die Abschaffung des Tauchbootkrieges durch alle Nationen der Welt. Diese Forderung wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß die für den Seekrieg getroffenen Regeln und Bestimmungen durch die U-Boote nicht innezuhalten sind und nicht kontrolliert werden können.

Die Forderung nach der Schleifung der Verteidigungswerke von Helgoland und des Kieler Kanals wird von Amerika noch immer bekämpft, das die Ansicht vertritt, daß man mit dem gleichen Recht auch die Schleifung verschiedener amerikanischer Verteidigungswerke verlangen könnte. Der Vorschlag zur Vernichtung der deutschen Kriegsschiffe ist noch nicht von allen Parteien angenommen worden. Besonders Frankreich stellt sich hier auf den Standpunkt, daß eine Verteilung vorzuziehen wäre.

Die militärische Bedingungen umfassen die Entwaffnung Deutschlands bis auf fünfzehn Divisionen Infanterie und 5 Divisionen Kavallerie sowie eine Einschränkung in der Erzeugung von Kriegsmaterial, und schließlich Bestimmungen über die Verwendung von Flugzeugen für militärische und wirtschaftliche Zwecke. Der Rat der Zehn wird am Montag zur Beratung dieser Vorschläge zusammentreten.

### Die Notwendigkeit der Aufhebung der Blockade.

Haag, 2. März. (Meldung des Hollandsch Nieuwsbureaus.) Aus Paris wird gemeldet: Die Delegierten der Friedenskonferenz standen in den letzten Tagen sehr unter dem Eindruck der Vorgänge in Deutschland. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß in Deutschland keine Regierung vorhanden sein wird, mit der Friede geschlossen werden kann. Die Gefahr einer Verstärkung der bolschewistischen Strömung, die allgemein anerkannt wird, trägt nicht nur zur Beschleunigung der Verhandlungen bei, sondern ist auch nicht ohne Einfluß auf die besonders von den amerikanischen Delegierten vertretenen Auffassung, daß die Blockade aufgehoben werden müsse. Der Bericht, den der britische Delegierte Beale der Wirtschaftskommission eingereicht hat, besagt, daß Deutschland nicht nur mit Nahrungsmitteln versorgt werden müsse, sondern daß ihm auch die Möglichkeit gegeben werden solle, die Nahrungsmittel durch Lieferung von Erzeugnissen seiner Industrie zu bezahlen. Dies sei aber nur durch die Aufhebung der Blockade zu erreichen. Hoover teilte mit, daß er 50 000 Tonnen Lebensmittel zur Verfügung Deutschlands habe, daß er aber nicht imstande sei, sie nach Deutschland zu senden, weil die freie Verproviantierung der feindlichen Nationen noch nicht gestattet sei. Man vergegenwärtigt sich aber auch die Gefahren, die durch übertriebene Forderungen entstehen könnten, da dadurch nur der vollständige Zusammenbruch Deutschlands erreicht werden würde.

### Dr. Bauers Flug nach Wien.

Bern, 3. März. (Dr.) Unterstaatssekretär Dr. Bauer ist in Begleitung des Unterstaatssekretärs Riedel und des Sekretärs Kautski mittels Flugzeugs um 10 Uhr vormittags nach Wien abgereist. Zur Besprechung hatten sich auf dem Flugfelde Johannistal der Reichsminister des Aeußern Graf Brockdorff-Rantzau, der deutsch-österreichische Professor Hartmann und andere Persönlichkeiten eingefunden.

### Keine A.- und S.-Räte in der neutralen Zone geduldet.

Berlin, 3. März. (Dr.) Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit:

Auf vielfache Anfragen, insbesondere auch von A.- und S.-Räten, ob in der neutralen Zone Soldaten-, Arbeiter- und Volksräte gestattet seien, hat die deutsche Waffenstillstandskommission die Alliierten um Auskunft ersucht. General Nudant hat nunmehr darauf erklärt, daß keinerlei Soldaten-, Arbeiter- oder Volksräte, auch wenn die Angehörigen keine Militärpersonen sind, in der neutralen Zone geduldet werden.

### Die neue amerikanische „Siegesanleihe“.

Washington, 2. März. (Dr.) Reuter. Der Senat hat Sonntag früh den Gesetzentwurf über die Siegesanleihe von 7 Milliarden Dollar nach 20stündiger Dauersitzung, die durch Obstruktion seitens der Republikaner so lange hingezogen worden war, angenommen.

### Wilson empfängt eine irische Abordnung.

New York, 3. März. (Dr.) Reuter. Präsident Wilson wird am Dienstag abend eine Abordnung der Iren empfangen, die ihm eine Entschließung des Kongresses der Iren in Philadelphia unterbreiten wird. Die irische Frage wird im Kongreß vor dessen Vertagung am 4. 3. verhandelt werden, da der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Hauses diesem Antrage den Vorrang zugesichert hat.

### Straßenbahnerstreik in Chemnitz.

Chemnitz, 3. März. (Dr.) Die hiesigen Straßenbahnangestellten haben in einer in der letzten Nacht abgehaltenen Versammlung beschlossen, sofort in den Ausstand zu treten, weil ihre Forderungen nach Lohnerhöhung und andere Diensteinstellung von der Leitung nicht erfüllt wurden. Der Straßenverkehr ruht seit heute früh.

### Der „Vorwärts“ gegen den politischen Massenstreik.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung fordern im „Vorwärts“ die Arbeiter auf, sich gegen die Tyrannei zur Wehr zu setzen, mit der sie zum politischen Massenstreik gezwungen werden, Wahnsinn und Verbrechen, so heißt es in dem Aufruf, jagen durch die deutschen Lande. Was als Ziel der wilden zügellosen Bewegung hingestellt wird, ist schon erreicht oder wird in nächster Zeit gesetzlich festgelegt werden. Die Soldatenräte verschwinden nicht, sie werden mit ihren elementaren Befugnissen erhalten bleiben. Die Arbeiterräte verschwinden ebenso wenig. Sie müssen in Betriesräte umgewandelt werden und ihre wichtige Funktion kontrollierend und mitbestimmend im Wirtschaftsprozeß gestalten. Neben der politischen ist auch die wirtschaftliche Demokratie der Arbeiter gesichert, vorausgesetzt daß sie einig und geschlossen auf dem Wege der Demokratie wandeln und jede Tyrannei zügelloser Elemente von sich abschütteln. Die Sozialisierung wird ebenso sicher kommen in dem Maße und mit der Eile, die volkswirtschaftlich nur irgendwie möglich ist. Die sozialdemokratische Fraktion bereitet einen Initiativantrag vor, der die Sozialisierung der Bergwerke vorsieht. Andere Sozialisierungsmaßnahmen sind in intensiver Vorbereitung, aber dieses gewaltige Gesetzgebungswerk will seine Zeit haben. Der politische Massenstreik stärkt die ausländischen Imperialisten und Annexionisten, die darnach trachteten, die deutsche Wirtschaft zu erdrosseln, die deutschen Arbeiter zur Auswanderung zu zwingen und dadurch in ihre Sklaven zu verwandeln. Jeder politische Massenstreik verschärft die feindliche Blockade, verschärft unsern Hunger, vermehrt unsere Entbehrungen und schleudert Tausende Deutscher ins Elend.

## Die deutsche Nationalversammlung in Weimar.

(Funkentelegraphischer W. T. B.-Bericht der Reichsfunkbetrieb-Verwaltung in Berlin über die Nationalversammlung in Weimar übermittelt durch die Funkenstation in Thorn.)

Weimar, den 3. März. Präsident Fehrenbach entbietet, von den Mitgliedern des Hauses mit Ausnahme der Unabhängigen stehend angehört, unseren Ostafrikanern Willkommengruß.

Hierauf Verfassungsberatung.

Minister Preuß: Die Kraft einer Verfassung ist danach zu bemessen, was sie im Unglück hält. Nach dem Zusammenbruch war die alte Verfassung unhaltbar. Die einzig mögliche neue Grundlage ist die demokratische Selbstbestimmung des Volkes. Dem Gedanken einer berufsständischen Vertretung durch die erste Kammer oder der Aufnahme der Arbeiterräte in die Verfassung stehen so schwerwiegende Bedenken entgegen, daß ich es nicht für wahrscheinlich halte, daß der Gedanke in die Verfassung Aufnahme finden kann. In der Frage der Aufrechterhaltung der Sonderrechte der Gliedstaaten erhoffe ich bei dem nahezu geschlossenen Willen der Nationalversammlung eine Vereinheitlichung der Reichsgewalt im Militär- und Verkehrswesen. Möglichste Eile bei der Verabschiedung der Verfassung tut not.

Welfe Alpers: Im neuen Deutschland muß es auch ein freies Hannover geben.

Preußischer Justizminister Heine: Deutschland muß nach außen und innen festen Boden unter die Füße bekommen. Dieses gewinnt man aber nicht dadurch, daß man das zerstört, das im deutschen Volke noch kräftig und lebensvoll ist. Was der Vorredner fordert, kommt der Zerstörung Preußens gleich. Die aber ist unvereinbar mit der Befestigung eines einheitlichen starken Reiches. Die Vertreter Preußens im Staatenausschuß haben stets den Einheitsgedanken vertreten und vor Ueberspannung der Sonderwünsche gewarnt. Wir haben die größten Zugeständnisse gemacht, können es aber nicht verantworten, Preußen zu zerstückeln. Will dieser oder jener Volksteil es bequemer finden, seine eigenen Wege zu gehen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Sozialdemokrat Vogel-Nürnberg: Es ist unmöglich, mit einem Schlage die ganze bestehende Gesellschaftsordnung umzukrempeln. Es gilt die Schranken zu brechen, die der organischen Entwicklung entgegenstehen. Die Sozialisierung kann nur schrittweise und nur für ganze Betriebskreise erfolgen. Die gesamten Bodenschätze müssen umgehend Staatsbesitz werden und zwar kann das ohne jede Entschädigung geschehen. Auf dem Gebiete des Bergbaus, des Gesundheitswesens, des Schulwesens, des Verkehrswesens, der Wehrmacht und der Finanzen muß dem Reiche demokratische Souveränität zustehen. Von der endgültigen Lösung der Fragen des Verkehrswesens wird es abhängen, ob und wieweit zur Ausschaltung der Hegemonie Preußens die Zerschlagung Preußens notwendig sein wird.

Gegen ein Uhr wurde die Weiterberatung bis vier Uhr nachmittags ausgesetzt.

---

## Aus Stadt und Land.

Thorn, 4. März 1919.

— **Alle militärischen Rentenempfänger,** die den vom 1. 7. 1918 an gewährten Rentenzuschlag noch nicht erhalten haben, und glauben, dafür in Frage zu kommen, das sind die zu 50 Prozent und mehr Kriegsdienstbeschädigten und die Empfänger bedingter Renten von 50 Proz. und mehr aus diesem Kriege), wollen sich unter Vorlage ihrer Militärpapiere bei dem Hauptmeldeamt Thorn persönlich oder, wenn sie daran verhindert sind, schriftlich melden.“

— **Freiwilligenwerbung.** Nach einer Bekanntmachung des Kriegsministeriums dürfen künftig auch felddienstfähige, moralisch einwandfreie Nichtausgebildete des Jahrgangs 1899 und der älteren Jahrgänge für Obost u. den Grenzschutz Ost eingestellt werden, sofern ihre sachgemäße militärische Ausbildung gewährleistet ist. Entscheidung hierüber treffen die zuständigen örtlichen Generalkommandos. Nicht militärisch ausgebildete Angehörige des Jahrganges 1900 und der jüngeren Jahrgänge dürfen dagegen keinesfalls zur Einstellung gelangen.

— Das Städtische Oberlyzeum fordert in einer Bekanntmachung in der gestrigen Ausgabe unseres Blattes die Schülerinnen auf, sich an folgenden Tagen pünklich im Anstaltsgebäude einzufinden: O. L 2—3 und L. 1—6 am Mittwoch, dem 5. März, vormittags 1 Uhr, L. 7—10 vormittags 9 Uhr, die Mädchenmittelschule II am Donnerstag, dem 6. März, vormittags 9 Uhr.

— **Deutsch demokratische Partei.** Der für heute vorgesehene Vortrag über Staatsbürgerkunde ist verschoben worden.

— **Das Hult-Konzert,** das morgen stattfindet, beginnt bereits um 6 Uhr abends.

— **Das Ausbleiben von Berliner Zeitungen** wird durch eine Erklärung der Zeitungsverlage von Rudolf Mosse, August Scherl und Ullstein verständlich, worin mitgeteilt wird, daß die Zeitungsdrucker in den Ausstand getreten sind, obwohl erst in der verflossenen Woche die Lohnverhältnisse der Buchdrucker neu geregelt worden sind. Die Zeitungen der drei Verlage können daher vorläufig nicht erscheinen.

— **Schutz vor solchen Beschützern!** Am vergangenen Freitag hat ein bekanter Thorner Handwerksmeister, der im Falle einer Untersuchung bereit ist, für die Richtigkeit seiner Angaben einzutreten, folgenden Vorgang beobachtet: Nachdem in der Jakobstraße die ersten Schüsse gefallen waren, übergab an der Ecke der Brauer- und Kleinen Marktstraße ein Wachtposten, der in seinem Koppel drei Patronentaschen trug, sein Gewehr einem etwa 25 Jahre alten Zivilisten, der die Waffe mit den Worten übernahm: „Ich schieße jeden vom Stoßtrupp nieder.“ Tatsächlich stellte er sich zur Ausführung dieser Absicht an der Ecke auf. Allein, als vom Militärarresthaus her geschossen wurde, ergriff er mit mehreren halbwüchsigen Burschen, an die der Posten die übrigen Patronen verteilt hatte, die Flucht. Eine Patrone ließen die Ausreißer dabei fallen. Unser Gewährsmann hat sie in Verwahrung genommen. Man erkennt auch aus diesem Beispiel wieder, wie wenig man sich auf manche Posten verlassen kann.

— **Gemüseversorgung 1919.** Die Reichsstelle für Obst und Gemüse teilt mit: Der Mangel an Landarbeitern im ganzen Reichsgebiet, zum Teil eine Folge der hohen Erwerbslosenunterstützungeu, ferner die politische Lage in den preußischen Ostprovinzen, die bisher Mitteldeutschland in weitestem Umfange mit Gemüse beliefert haben, gefährden ernstlich die Gemüseversorgung des deutschen Volkes. Auf ihr beruht aber gegenwärtig zum guten Teil die gesamte Volksernährung. Daraus erwächst dem Gärtner und dem Lanwirt in erhöhtem Maße die Pflicht, jede verfügbare und geeignete Fläche für den Gemüsebau zu nutzen. Die von den Komunalverbänden und Großverbrauchern mit den Gemüseerzeugern geschlossenen Lieferungsverträge sollen auch in diesem Jahre das Rückgrat der Gemüseversorgung bilden. Das System der Lieferungsverträge hat eine gewaltige Produktionssteigerung in den Jahren 1917 und 1918 herbeigeführt. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst legt deshalb den Kommunalverbänden und Großverbrauchern den Abschluß von Lieferungsverträgen erneut ans Herz. Sie weist darauf hin, daß der Reichsstelle die Befugnis zusteht, in Berücksichtigung der erhöhten Anbaukosten Preiserhöhungen bis zu 50 Proz. vorzunehmen, sodaß die Erzeuger wie früher, so auch für die bevorstehende Wirtschaftsperiode mit unbedingter Gewißheit auf angemessene Preise für die Ware rechnen können.

— **Flößereiverkehr auf Weichsel, Netze und Warthe.** Nach einer Bekanntmachung des Regierungspräsidenten in Bromberg werden bis auf weiteres für den Schiffahrts- und Flößereiverkehr die obere Netze von der Landesgrenze bis Kanalsgarten, die untere Netze von Nakel abwärts bis zur Dragemündung und die Warthe von der Landesgrenze bis Birnbaum gesperrt. Ebenso werden nach einer weiteren Bekanntmach. infolge der polnischen Unruhen diejenigen Wasserstraßen der Bezirke Bromberg und Posen, die durch die von den Unruhen betroffenen Gebiete führen bezw. Zufahrtstraßen zu diesen Teilen bilden, bis auf weiteres für den Schiffahrts- und Flößereiverkehr gesperrt.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Mittwoch, den 5. März. Zeitweise aufheiternd, nachts kälter.

---

**Lötzen.** Die Masurischen Seen erbrachten im Jahre 1918 einen Fischertrag von 44 000 Zentner. Davon erhielt die Fischverteilungsstelle beim Allensteiner Generalkommando 35 000 Zentner. 28 000 Zentner blieben im Regierungsbezirk Allenstein, 7000 Ztr. gingen nach Berlin.

**Königsberg.** Zunehmende Arbeitslosigkeit. Von seiten des Magistrats ist festgestellt worden, daß die Zahl der Arbeitslosen in Königsberg allmählich auf 7 bis 8000 Mann gestiegen ist, während sie noch am 31. Januar 5500 betrug. Dementsprechend ist auch die Summe der Arbeitslosen-Unterstützungen von 50000 Mark im Dezember v. J. auf 1 150 000 Mark in den beiden Monaten Januar und Februar zusammen gestiegen, so daß die von der Stadtverwaltung bisher ausgezahlte Summe 1 200 000 Mark beträgt. Es ist versucht worden, durch den Abbruch der Festungswälle Arbeitsgelegenheit zu schaffen, doch hatte dies bisher keinen nennenswerten Erfolg, weil die Tariflöhne nicht gleichmäßig gezahlt wurden. Auf nachdrückliches Ersuchen der Vertreter der Gewerkschaften und des Reichskommissars wurde die gleichmäßige Aus-

zahlung des Tariflohnes für diese Arbeiter zugesagt. In engem Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage steht die Kohlennot. Der Reichskommissar hat bekannt gegeben, daß bis Montag einige tausend Arbeitslose die Arbeit zu Tariflöhnen antreten können.

**Johannisdorf.** Von polnischen Banden beschossen. Als die Besitzerfrau Kaulmann und eine andere Frau in Johannisdorf, Kreis Bromberg, im Begriff waren, mit einem Handwagen nach einer Mühle zu fahren, wurden sie auf der Landstraße von polnischen Banden beschossen, wobei Frau Kaulmann schwer verwundet wurde und jetzt im Bromberger Krankenhaus verstorben ist. Die andere Frau rettete sich nur dadurch, daß sie sich zur Erde und in Deckung niederwarf.

Posen. Zeitungsverbot. Das Erscheinen des „Posener Tageblatt" und der „Ostdeutschen Warte" ist vom Kommissariat der Obersten Rada Ludowa bis auf weiteres verboten worden, die Redaktionsräume wurden amtlich versiegelt. Grund zu dieser Maßnahme gab, dem hiesigen „Dziennik" zufolge, eine in den beiden Zeitungen erschienene Notiz mit der Ueberschrift „Die Entente als Kindermörderin"; ferner, daß die Zeitungen polnische weibliche Familiennamen trotz Verwarnung durch das Kommissariat mit der Endung „i" veröffentlichten.

## Thorner Gouvernements-Kriegsgericht.

Thorn, 28. Februar.

Arge Zustände beim Thorner Festungsfuhrpark waren Gegenstand der Verhandlung vor dem hiesigen Kriegsgericht. Es waren angeklagt: 1. Unteroffizier Albert Garbe wegen Abgabe einer falschen Meldung, Betruges, Diebstahls und Unterschlagung, 2. Wachtmeister Wilhelm Stolp wegen Unterlassung einer Meldung, Betruges, Unterschlagung, Diebstahls und Mißbrauch der Dienstgewalt, 3. Leutnant d. Res. Collin Roß wegen Betruges und Unterschlagung, alle drei Angeklagte vom Thorner Festungsfuhrpark. Garbe hat im Felde bei einer Explosion eine schwere Kopfverletzung davongetragen und wurde nach seiner Genesung Futtermeister der Fuhrparkkolonne. Wachtmeister Stolp ist im Zivilberuf Gastwirt in Hamburg und hat den ganzen Feldzug in der hiesigen Garnison mitgemacht. Leutnant d. Res. Roß ist Kaufmann in Hamburg, wurde bald nach Ausbruch des Krieges zum Leutnant befördert und war 13½ Monate im Felde. Im Sommer v. Js. wurden dem Thorner Festungsfuhrpark durch die Weideviehankaufsgesellschaft zu Berlin von dem Remonte-Depot Surgaitschen 87 große rumänische Zugochsen zu Wirtschaftszwecken überwiesen, die später der Landwirtschaftskammer zu Danzig zwecks Verkauf an die Landwirte zur Verfügung gestellt werden sollten. Bei der Revolution landete hier an der Weichsel aus Russisch-Polen ein Oderkahn mit Flüchtlingen, in dem sich auch drei kleine Ochsen (Kälber im Alter von 1½ bis 2 Jahren) befanden, deren Eigentümer nicht ermittelt werden konnte. Sie wurden deshalb ebenfalls dem Fuhrpark überwiesen. Sämtliche Ochsen unterstanden der Obhut der drei Angeklagten. Am 15. Dezember v. Js. ging einer von den 3 kleinen Ochsen ein. Unteroffizier Garbe meldete nur dem Gouvernement, daß ein Ochse eingegangen sei und verschwieg dabei, daß es sich um einen der zugelaufenen Ochsen handelte, so daß das Gouvernement in dem Glauben war, es sei einer von den Ochsen eingegangen, die für die Westpreußische Landwirtschaftskammer bestimmt waren. In diesem Verfahren erblickte die Anklage die Erstattung einer falschen Meldung nnd Betrug, begangen an der Landwirtschaftskammer. Als der Abdecker Lüdtke den gefallenen Ochsen abholen wollte, war dieser „verschwunden". Leutnant Roß ließ sofort den ganzen Fuhrpark absperren und eine genaue Durchsuchung vornehmen, bei der sich auch der tote Ochse in einem Stall ganz mit Moos bedeckt vorfand. Bald darauf verlangte die Landwirtschaftskammer Danzig die Ablieferung von 85 Ochsen. Unteroffizier Garbe suchte nun von den 87 Ochsen den besten und größten, ein Exemplar von 14 Zentnern, heraus und stellte ihn zu den beiden zugelaufenen kleinen Ochsen und erweckte damit wieder den Anschein, daß tatsächlich ein Ochse der Landwirtschaftskammer eingegangen sei. Leutnant Roß, der von diesem Verfahren nichts wußte, ordnete bald die Veräußerung der drei herrenlosen Ochsen an, und zwar sollten zwei Ochsen lebend verkauft, der dritte Ochse zum Fleischverkauf geschlachtet werden. Der Erlös sollte der Fuhrparkkolonne zu Gute kommen. Unteroffizier Garbe will die Anordnung aber so verstanden haben, daß er und Wachtmeister Stolp den Erlös für die beiden Ochsen bekommen, während Leutnant Roß das Fleisch vom dritten Ochsen erhalten sollte. Für den großen und einen kleinen Ochsen erhielt Garbe vom Fleischermeister Hauser in Mocker 1000 Mark. Hiervon bot er dem Wachtmeister Stolp die Hälfte mit 500 Mark an. Dieser nahm jedoch das Geld nicht an. Inzwischen war die Sache ruchbar geworden und an demselben Abend noch wurde der Unteroffizier Garbe verhaftet.

Bei der Demobilmachung wurden hier mehrere hundert Pferde, zum Teil durch die Landwirtschaftskammer, meistbietend versteigert. Wachtmeister Stolp kaufte dabei selbst 4 Pferde und tauschte sie dann gegen andere Pferde aus der Fuhrparkkolonne ein. Wie sich bei der Verhandlung herausstellte, hatte Leutnant Roß hierzu die Erlaubnis gegeben, obwohl er dazu nicht berechtigt war. Auch war er beim Tausch zugegen gewesen. Infolgedessen wurde dieser Teil der Anklage fallen gelassen. Anders lag die Sache beim Unteroffizier Garbe. Dieser kaufte in der Stadt drei Pferde und tauschte sie allein gegen andere wertvollere Pferde der Fuhrparkkolonne ein, ohne daß hiervon Leutnant Roß etwas wußte. Um für den Transport dieser Pferde auch Futter zu haben, entwendete Garbe und Stolp aus den Beständen der Fuhrparkkolonne Hafer, Heu und Stroh, Stolp unter Mißbrauch seiner Dienstgewalt, indem er sich das Futter von Garbe herausgeben ließ. Beide entschuldigten sich damit, daß ihnen ein aus dem Felde kommender Zahlmeister einer Fuhrparkkolonne den Hafer übergeben habe mit den Worten, sie könnten damit machen was sie wollten, es sei erbeuteter Hafer. Schließlich sollte Unteroffizier Garbe noch von einem Sattel Leder entwendet haben. Es stellte sich aber jetzt heraus, daß er das Leder zum Besohlen seiner Dienststiefel dringend gebrauchte, da die Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke der Fuhrparkkolonne damals äußerst schlecht waren.

Die eingehende Verhandlung vor dem Kriegsgericht ergab die völlige Unschuld des Leutnants Roß, so daß der Anklagevertreter seine Freisprechung beantragte. Gegen Unteroffizier Garbe beantragte er dagegen 4 Monate Gefängnis, Degradation und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, gegen Wachtmeister Stolp fünf Monate Gefängnis, Degradation und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Der Gerichtshof sah die Vergehen erheblich milder an und verurteilte Unteroffizier Garbe nur wegen militärischer Unterschlagung des Geldes für die beiden Ochsen und wegen Diebstahls an Hafer, Heu und Stroh zu insgesamt vier Wochen mittleren Arrestes und Degradation. Wachtmeister Stolp erhielt nur wegen Diebstahls von Hafer, Heu und Stroh 3 Wochen gelinden Arrest. Bezüglich der anderen Anklagepunkte erfolgte Freisprechung. Leutnant Roß wurde völlig freigesprochen. In der kurzen Meldung des Unteroffiziers Garbe, es sei ein Ochse gefallen, erblickte der Gerichtshof keine falsche Meldung. Auch wurde ein Betrug, begangen durch Garbe an der Landwirtschaftskammer, als vorliegend nicht angesehen, weil erst nach dem Eingehen des einen Ochsen der Landwirtschaftskammer nur 86 Ochsen überwiesen worden waren.

## Thorner Strafkammer.

Thorn, 1. März 1919.

Zwei im November und Dezember 1915 beim Fleischer Richard Schimmek in Briesen vorgekommene Diebstähle brachten den Dachdecker Anton Stroinski vor Gericht. Zuerst waren dem Schimmek zwei graue Decken verschwunden und in der Nacht zum 24. Dezember wurde eine große schwarze Pelzdecke entwendet, die einen Wert von 150 M. hatte. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich gleich auf den Angeklagten, der damals beim Dachdeckermeister Höhne in Arbeit stand und im Pferdestalle desselben in unmittelbarer Nähe des Fleischer Schimmekschen Gehöftes seine Schlafstätte hatte. Bei einer hier von der Polizei vorgenommenen Durchsuchung wurde auch die Decke vorgefunden. Stroinski hatte die Decke als Schlafdecke benutzt, bestritt aber den Diebstahl unter der Behauptung, er habe die Decke von einem unbekannten Arbeiter gegen Brot, Schmalz und Wurst eingetauscht. Den Diebstahl an den beiden grauen Decken stellte er ebenfalls in Abrede. Hierfür ergab die Beweisaufnahme nichts Belastendes. Der Gerichtshof neigte zu der Ansicht, daß es sich bezüglich der Pelzdecke nicht um Diebstahl, sondern um Hehlerei handele. In diesem Falle würde dem Angeklagten, da er im Jahre 1916 im Heeresdienst gestanden hat, der Gnadenerlaß zugute kommen. Um seine Angaben über seinen Militärdienst nachzuprüfen, wurde die Sache vertagt.

Auch eine zweite Sache verfiel der Vertagung, da der Angeklagte nicht erschienen war.

# Neueste Nachrichten.

## Die Lage in Königsberg.

Königsberg, 3. März. (Dr.) Auf dem Sackheim haben sich Matrosen und Spartakisten in größerer Zahl festgesetzt. Sie haben in der Zivilbevölkerung, die sich zum Teil ebenfalls gegen die Regierungstruppen wendet, einen Rückhalt. Die Regierungstruppen haben den Stadtteil abgesperrt. Die Entwaffnung ist teilweise bereits durchgeführt. Die Verluste sollen auf Seiten der Spartakisten erheblich sein.

## Von der deutsch-polnischen Front.

Bromberg, 4. März. (Dr.) Am 3. März nachmittags 10.30 Uhr griff der Pole unsere Stellung in Linie Tannhofen—Antoniewo mit starken Kräften an. Feindliche Artillerie beschoß während des Angriffs Groß-Neudorf, während die Kolonie Tannhofen unter starkem Maschinengewehrfeuer gehalten wurde, Der Angriff wurde rechtzeitig erkannt und von unserer Infanterie im Verein mit Artillerie abgeschlagen.

In Gegend Tannhofen wurde durch Beobachtung und Bestätigung von Einwohnern festgestellt, daß die Polen die deutschen Einwohner zwingen, an ihren Hindernissen zu arbeiten. Die Arbeiten werden durch Wachtmannschaften mit aufgepflanztem Seitengewehr beaufsichtigt. Am 6. 3. 12 Uhr mittags erfolgte der Einmarsch des Grenzschutz-Batls. 3, das nach siebenwöchigen erfolgreichen Kämpfen gegen die aufständigen Polen im Süden Brombergs zur wohlverdienten Ruhe zurückkehrt.

## Zur Ausstandsbewegung in Mitteldeutschland.

Berlin, 3. März. (Dr.). Heute verhandelte der Reichsarbeitsminister mit den Vertretern der streikenden Arbeiter und der Arbeitgeber des Wittemberger Industriebezirks. Es wurde eine vollkommene Einigung über die Einberufung der Betriebsräte und deren Aufgaben erzielt. Die Vertreter aus dem Wittemberger Industriebezirk haben die Streikleitung gebeten, die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen.

Weimar, 3. März. (Dr.). Wie aus Halle berichtet wird, ist es dort zu ernsten Kämpfen und mancherlei Gewalttätigkeiten auch gegen Offiziere gekommen. Ein Offizier wurde in einer Arbeiterratssitzung im Rathause mißhandelt, sodaß er schwer darniederliegt. Die Leiche eines anderen Offiziers ist in der Saale aufgefunden worden. Heute früh erreichten die Kämpfe mit der Erstürmung des Theaters ihren Höhepunkt und ihr Ende. Auf die Erstürmung erfolgte die Erklärung des Belagerungszustandes. Seitdem herrscht Ruhe.

Heute ist in Weimar ein Zug aus Wittenberg eingetroffen, der den Weg über Halle nehmen konnte. Der Parlamentszug hat heute noch einmal den Weg über Chemnitz—Gera eingeschlagen.

Halle, 3. März. (Dr.). Bei der Besetzung der Stadt durch die Regierungstruppen kam es an verschiedenen Stellen zu Straßenrevolten. Aus der Charlottenschule fielen die ersten Schüsse, daher mußten die Truppen zu ihrer eigenen Sicherheit von den Maschinengewehren Gebrauch machen. Am Sonntag plünderten die Unabhängigen eine Reihe von Läden und Geschäften am Markt, wo es ebenfalls zu Schießereien kam. Die Zerstörungen an den Gleisanlagen sind so schwer, daß für die Wiederherstellung der Bahnverbindung vorläufig keine Aussicht besteht. Nach bisheriger Feststellung haben die Landesjäger einen Toten und 10 bis 12 Verwundete. Die Verluste der Unabhängigen scheinen erheblich schwerer zu sein.

## Gegen die Vertagung der Nationalversammlung.

Weimar, 3. März. (Dr.) Wie wir von zuverlässiger Seite hören, hat sich das Kabinett in seiner heutigen Sitzung gegen eine Vertagung der Nationalversammlung ausgesprochen.

## Abreise der deutschen Unterhändler von Berlin nach Spaa.

Berlin, 3. März. (Dr.) Die deutschen Unterhändler für die am Dienstag, dem 4. 3. nachmittags 6 Uhr beginnenden Verhandlungen über das Lebensmittel-, Schiffahrt und Finanzabkommen sind heute abend vom Anhalter Bahnhof nach Spaa abgereist.

## Zum Explosionsunglück in Westhoven.

Köln, 3. März. (Dr.) Zu dem am 27. 2. gemeldeten Explosionsunglück im Munitionsdepot von Westhoven erfahren wir nachträglich, daß sich die Zahl der Toten auf 18 erhöht hat.

## Deutsch-feindliche Kundgebungen in Prag.

Wien, 3. März. (Dr.) Korr.-Büro. Eine Kommunistenversammlung hat gestern den Zusammenbruch der Nationalversammlung besprochen, da sie keine rechtmäßige Vertretung des Proletariats darstellt. Nach Blättermeldung sind gestern in Prag deutschsprechende Personen angehalten und beleidigt worden. In einem Kaufhaus verlangte eine Patrouille Ausweise von den Käufern. Die Juden und Deutschen darunter wurden von der vor dem Kaufhause angesammelten Menge mit Schmähfrufen empfangen. 60 bis 80 Legionäre durchsuchten in deutschen Kasernen die dort Anwesenden nach Waffen und verlangten die sofortige Räumung der Kasinos, andernfalls drohten sie mit Handgranaten. Auf der Straße wurden die Gäste belästigt.

Am 26. Februar verschied in Bad Reinerz, wo er Heilung von seinen Leiden suchte, unser lieber Bruder, guter Onkel und Schwager, der

Kaufmann

# Herrmann Schulz

im fast vollendeten 46. Lebensjahre.

Dieses zeigen an die trauernden Hinterbliebenen:

**Familie Hugo Zilllau,**
**Familie Adolph Granowski.**

Thorn, den 4. März 1919.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des altstädtischen Friedhofes aus statt.

---

## Arbeiterinnen und Arbeitsmädchen

werden für eine Zuckersabrik im Kreise Magdeburg gesucht.
Meldungen sofort im

**Paritätisch städt. Arbeitsnachweis,**
Rathaus, Zimmer 28.

Transport geht Donnerstag, den 6. März 1919 ab.

---

Gute saubere

## Pflegestellen für neugeborene Kinder

gesucht.

Zu erfragen im städtischen Krankenhause.

**Magistrat.** **Jugendamt.**

---

Die glückliche Geburt eines gesunden
**Zwillingspärchens**
zeigen erfreut an
Bahnhof Wibsch, 3. 3. 1919
**Mönnig und Frau.**
Gertrud, Hildegard

---

## Bekanntmachung.

Es ist wiederholt, ganz besonders in letzter Zeit sehr oft vorgekommen, daß die

**öffentlichen Feuermelder**

aus Unfug in Tätigkeit gesetzt werden, namentlich auch von Kindern.

Es wird deshalb mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß durch die mißbräuchliche Benutzung der Feuermelder das Allgemeinwohl und besonders die öffentliche Sicherheit gefährdet wird.

Um dem gerügten Unfug mit aller Schärfe entgegenzuwirken, wird der Magistrat in allen Fällen unnachsichtlich auf eine strenge Bestrafung der Täter dringen.

Zur Ermittelung der Täter wird um die tatkräftige Hilfe des Publikums gebeten.

**Der Magistrat.**

---

## Bekanntmachung.

Die unterm 30. Januar 1919 wegen Ausbruchs der

**Räude**

über das Spiller'sche Gehöft, Mellienstr. 79 verhängte Sperre wird hierdurch aufgehoben.

Thorn, den 1. März 1919.

**Die Polizei-Verwaltung.**

---

## Verkauf

von

**Kiefern-, Lang- u. Brennholz**
**am Montag, d. 10. März d. Js.,**
vorm. 10 Uhr,
im Gasthause Barbarken.

**I. Schutzbezirk Barbarken:**
Etwa 300 Stück Kiefern-Nutzholz mit 200 fm,
20 rm Kiefern-Kloben
100 rm Kiefern-Reisig III.

**II. Schutzbezirk Ollek:**
Etwa 10 rm Kiefern-Kloben
60 „ Kiefern-Rundknüppel
160 „ Kiefern-Reisig II
600 „ Kiefern-Reiser III.

Händler werden zum Verkauf des Brennholzes erst zugelassen, wenn Lokalbedarf gedeckt ist.

**Der Magistrat.**

---

## Bekanntmachung.

Im Bürgerhospital ist die Stelle einer

**Dienstfrau**

zum 1. April d. Js. zu besetzen.

Das Einkommen der Stelle beträgt neben freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung jährlich 480 Mark.

Geeignete einzelstehende Personen werden aufgefordert, ihre Bewerbungen bis zum 15. März d. Js. an uns, Rathaus, Zimmer 25, einzureichen.

Thorn, den 26. Februar 1919.

**Die Hospital-Verwaltung.**

---

## Wir suchen

zum sofortigen Antritt für die Abteilung **Herrenartikel**

**eine tüchtige, gewandte**

## Verkäuferin

der polnischen Sprache mächtig.

Persönliche Vorstellung erwünscht.

**S. Schendel & Sandelowsky.**

---

**Tücht. Schneidergesellen**
stellt ein
**R. Rosenthal**, Brückenstraße 18 I.

---

**Lehrlinge**
für meine Bildhauerei und Kunststeinfabrik werden eingestellt.
**A. Irmer.**

---

**Buchhalterin**
keine Anfängerin, die Schreibmaschine bedienen und auch stenographieren kann, per 1. 4. 19 gesucht. Bewerbungsschreiben mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an Schuhfabrik **Wiener.**

---

**Junge Dame**
für Schreibmaschine und Stenographie, keine Anfängerin, zum 1. April 1919 gesucht.

**Adolf Krause & Co.,**
G. m. b. H.,
Maschinenfabrik, Thorn-Mocker.

---

Für kinderlosen Haushalt in Thorn besseres, zuverlässiges

**Mädchen,**

etwas kochen erwünscht, zum 1. April gesucht.

Angebote unter **P. R. 326** an die Geschäftsstelle der Th. Ztg.

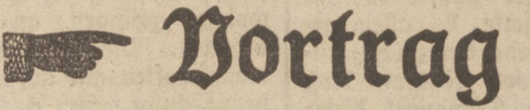
---

# Deutsche demokr. Partei.

## Mitglieder-Versammlung

am

**Mittwoch, den 5. März, nachmittags 5 Uhr**
im Tivoli-Saale.




des Herrn Professor **A. Semrau**

über

**„Die veränderte soziale Lage der Hausgehilfinnen“.**

Freie Aussprache.

Die Einführung von Gästen durch Mitglieder ist erwünscht.

**Der Vorstand der D. D. P. Thorn.**

---

Der für heute, Dienstag, vorausgesehene

**Vortrag über Staatsbürgerkunde ist verschoben**

worden.

---

Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Thorn.
(Eingetragener Verein.)

## Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, den 6. März, $6^{1}/_{2}$ Uhr abends,
im Vereinszimmer des Artushofes.

1. **Die Lage des Hausbesitzes.**
2. **Verschiedenes.**

Auch alle Hausbesitzer, welche sich dem Verein noch nicht angeschlossen haben, sind freundlichst eingeladen.

**Der Vorstand.**

---

## Franz Koltermann, Thorn

Culmer Chaussee 1, Eingang Kirchhofstrasse.
— Fernruf 81. —

**Eisen, Eisenwaren, Kanalisations-Artikel, Baumaterialien**

---

## Achtung!

**In einer Stunde liefern Bilder für Reise-Paß-Ausweise**

**Gebrüder Melnicki, Atelier f. künstl. Photogr.**
Mauerstraße 52, neben Nicolai.

---

Die

**Amtliche Auskunftsstelle auf dem Hauptbahnhof Thorn**

ist täglich von 6 bis 12 Uhr vormittags und von 5 bis 7 Uhr nachmittags besetzt. Auskunft, auch auf Fernsprecher, wird nur in dieser Zeit erteilt.

Thorn, den 3. März 1919.

**Eisenbahn-Betriebsamt.**

---

**Meine Sprechstunden**
beginnen jetzt um 11 Uhr.
11—1 Uhr, 4—6 Uhr.

Bestrahlungen von 10 Uhr ab durchgehend bis 5 Uhr.

Sonntags Sprechstunden nur nach Verabredung von 11—12 Uhr.

**Dr. W. Lüth.**

---

## Zahn-Atelier E. Hoernecke,

Neustädtischer Markt 11
Sprechstunden 9—1 u. 2—6 Uhr,
Sonntags 9—12 Uhr.

---

**2 schwarze Kostüme**
(1 Sammet), Gr. 44, zu verkaufen.
Brombergerstr. 96, r. Nachm. 2—5.

---

2 zugfeste, ältere

**Pferde**

zu verkaufen.

**Born & Schütze,**
Thorn-Mocker.

---

**Zu verkaufen:**
1 Paar ganz neue Herren-, Damen- u. Kinderschuhe. Albrechtstr. 6 III r.

---

Zu verkaufen: 2 leichte Blusen, à 25 Mk., 1 weißseidene Bluse, 45 M., 1 Tuchrock, 90 M., 1 dunkelblaues Kostüm, 250 M., 1 braunseidener Hut, 25 M., Gr. 42—44. Besichtigung von 10—12 und 3—4 Uhr. Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

**1 Kristallkronleuchter**
für Gas und eine **Gaslampe**
zu verkaufen Brombergerstr. 82, p. l.

---

**3 m Blusen-Spachtelstoff**
und
**Rodelschlitten (zweisitzig)**
zu verkaufen.
**Parkstraße 29 III, r.**

---

**Zu kaufen gesucht:**
Gut erhaltene Portieeren für 2—4 Fenster, Teppiche u. Damenfahrrad. Ang. u. Nr. 328 an die Gesch. d. Ztg.

---

## Artushof.

Dienstag, 11. Februar, nachm. 6 Uhr:

## Lieder- und Arien-Abend

**Hilde Baumann**
vom Landestheater (früher Hoftheater) Karlsruhe.

Unter Mitwirkung des
**Balletmeisters Wolfer**
und Solotänzerinnen des Danziger Stadttheaters.

**Eintrittspreise:** Mk. 4,40, 3,30, 2,20, —,85 in der Buchhandlung **Walter Lambeck.**

---

## Artushof.

Mittwoch, den 5. März:

## Kammersänger Robert Hutt.

Anfang 6 Uhr! Anfang 6 Uhr!

---

## Tivoli

Heute, Fastnacht:

## Fastnachts-Kränzchen.

Anfang 5 Uhr! Anfang 5 Uhr!

---

## Schlüsselmühle.

Heute, Dienstag:

## Maskenball und Kappenfest

— Anfang 5 Uhr. —

---

**Sportverein „Hohenzollern“.**

**Monatsversammlung**
Mittwoch, den 5. März, abends 7 Uhr im Hotel Hindenburg.

Tagesordnung:
1. Bericht des Gerätewarts.
2. „ „ Kassenführers.
3. Wahl von Beisitzern.
4. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

**Der Vorstand.**

---

**Thorner Schach-Verein.**

## Spielabende

**jeden Donnerstag**
ab 6 Uhr im Löwenbräu, Baderstr.

Gäste herzlich willkommen, Anfängerkurse gratis. Anmeldungen dazu in der Buchhandlung **Max Gläser**, Gerberstraße 33/35.

---

**Frauen-Abteilung des Turnvereins Thorn.**

Der Kälte wegen müssen die Uebungen auch weiterhin ausfallen.

**Der Vorstand.**

---

**Polnisch**
Grammatik, Konversation erteilt einzeln u. in Zirkeln exam. Lehrerin. Ang. u. Nr. 325 an die Gesch. d. Ztg.

---

**Ein Wandbehang**
blau gestickt (Handarbeit), sowie ein
**braunseidener Hut**
billig zu verk. Gerstenstr. 14, 2 Tr. r

---

**1 Sofatisch**
zu verkauf Konduktstr. 29 im Laden.

---

**Leichter Selbstfahrer**
zu kaufen gesucht.
Offerten an **W. Loga & Co.,**
Thorn, Fernruf 135.

---

**Kleines Hausgrundstück**
von sofort zu kaufen oder pachten gesucht. Angeb. unter **A. K. 322** an die Geschäftsst. d. Ztg. erbeten.

---

**Kleines Hausgrundstück**
zu kaufen gesucht, am liebsten Bromberger oder Jakobsvorstadt. Gefl. Angebote unt. E. G. 329 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

---

## Stadt-Theater

Mittwoch, 5. März, 6 Uhr!
Benefiz: **Adolf Wiesner.**
Literarischer Abend! Neuheit!
Außer Abonnement! Zum 1. Male
**„Der Hauch im All.“**

Donnerstag, 6. März, 6 Uhr!
Literarischer Abend! Neuheit!
Abonnementsvorstellung
Zum 2. Male!
**„Der Hauch im All.“**

Freitag, den 7. März, $5^{1}/_{2}$ Uhr!
Zum 4. Male!
**„Die Faschingsfee“.**

---

Elektrische Leitungen, Lampen- und Klingelanlagen werden gelegt durch **Hohmann,**
Altst. Markt 9 Telefon 568.

---

**Koksgrus**
nicht beschlagnahmt, handelsfrei empfiehlt
**A. R. Goergens**
Kohlenlager am Pilz.
Fernruf 128.

---

**Meine Wohnung**
befindet sich jetzt
**Brombergerstraße 39,**
Erdgeschoß.

**Sprechstunden**
halte ich von Donnerstag, den 6. März 1919, wie bisher ab.

**Dr. med. Goederblom,**
prakt. Arzt.

---

## Bettnässen

Befreiung sofort
Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos durch **Merkur-Versand Gustav Zwerenz**, München 532 W., Neureutherstr. 18.

---

**Kyffhäuser-Technikum**
**Frankenhausen**
Maschinenbau- u. Elektr.-Ing.-Werkm.-Abt.
Dir. Prof. Huppert

---

Besseres kinderloses Ehepaar sucht vom 1. 4. 19 1- bis 2-Zimmerwohnung auch unmöbliert abzumieten. Angebote unter W 327 an die Geschäftsstelle der „Thorner Zeitung“ erbeten.

---

**1 leeres Zimmer**
sofort zu vermieten.
**Araberstraße 5, 3 Tr.**